

Landeselterntag in Bingen

## **Bewährtes beibehalten und gleichzeitig Bildungsangebot weiterentwickeln**

Zufrieden mit Verlauf und Ergebnis des Landeselterntages am 11. Juni in der Rochus-Realschule plus in Bingen zeigen sich die Organisatoren der Tagung, der Landeselternbeirat Rheinland-Pfalz, der Regionalelternbeirat Rheinhessen-Pfalz und der Schulelternbeirat. Etwa 150 Teilnehmerinnen und Teilnehmer sowie Gäste aus Politik, Behörden und Verbänden nahmen die Gelegenheit wahr, die bildungspolitischen Pläne aus dem Mund der neuen Bildungsministerin Dr. Stefanie Hubig zu hören. Dass sie trotz älterer Termine wenigstens für ein Eingangsstatement nach Bingen gekommen war, freute die Eltern als Zeichen besonderer Wertschätzung.

Kein einfaches „weiter so!“, sondern eine behutsame Weiterentwicklung des Bildungsangebotes stellte sie in Aussicht. Gerechtigkeit, Chancengleichheit und Durchlässigkeit sind für sie wichtige Eckpunkte des Bildungssystems. Weil es sich als leistungsstark erwiesen habe, will Ministerin Dr. Hubig das differenzierte Schulsystem erhalten. Das schließe den Erhalt der Förderschulen mit ein, damit die Eltern die Wahl zwischen Schwerpunktschule und Förderschule haben. Die Zahl der Förder- und Beratungszentren wird schrittweise ausgebaut.

An der parallelen Existenz von 8- und 9-jährigen Gymnasien wolle sie nichts ändern. Die Realschulen plus sollten durch Didaktische Koordinatoren und der Einführung eines 2. Studientages pro Schuljahr gestärkt werden. Die Grundschulen sollten wohnortnah erhalten und die Berufsbildenden Schulen Demografie fest weiterentwickelt werden.

Die Unterrichtsversorgung solle durch 270 neu geschaffene Stellen gesichert werden. Insgesamt würden zum kommenden Schuljahr mehr als 1.200 junge Lehrkräfte eingestellt. Eine gute Unterrichtsversorgung sei mehr als die Erfüllung der Stundentafel und werde auch zukünftig die Pflicht und die Kür beinhalten. Allerdings beabsichtige man, die Verteilung der Lehrerwochenstunden an der Einzelschule transparenter zu machen und die Eigenverantwortung der Schule zu verdeutlichen.

Ministerin Hubig unterstreicht die Rolle der Eltern und der Familie für den Bildungserfolg der Kinder und verspricht, vertrauensvoll mit den Eltern im Land zusammenzuarbeiten und sie in zentralen bildungspolitischen Bereichen maßgeblich einzubinden. Aus der Hand des Landeselternsprechers nahm sie den „Aufgaben- und Forderungskatalog“ des LEB entgegen, der baldige Lösungen für dort aufgeführten Problemfelder erwartet.

„Auch wenn vieles in rheinland-pfälzischen Schulen gut läuft, ist es die Rolle der Elternvertretung, den Blick auf Schwächen zu lenken und uns für deren Behebung einzusetzen“, ist Landeselternsprecher Dr. Thorsten Ralle überzeugt. Handlungsbedarf sieht er bei der Unterrichtsversorgung. Noch immer werde die Stundentafel nicht an allen Schulen erfüllt, gebe es keine ausreichende Vertretungsreserve, entwickelten die Schulen keine Vertretungskonzepte für geplante Ausfälle wie Klassenfahrten oder Fortbildungstage. Ihre Unzufriedenheit darüber machten einige Teilnehmer durchaus deutlich.

Neben den Rahmenbedingungen sind dem Landeselternsprecher Unterrichtsqualität und Qualitätskontrolle besonders wichtig. Er fordert, die Bildungsstandards durch Mindeststandards zu ergänzen und die Schulen für den Bildungserfolg der Schülerinnen und Schüler „in die Pflicht zu nehmen“.

Es war Bildungsstaatssekretär Hans Beckmann, der dem Landeselternsprecher und seinem Stellvertreter Markus Meier sowie den Teilnehmerinnen und Teilnehmern Rede und Antwort stand. Dank der umsichtigen Gesprächsführung fand der Austausch in angemessener Form statt, auch wenn einzelnen Teilnehmern angesichts der „ewigen Vertröstungen“ der „Geduldsfaden“ zu reißen drohte.

Beim Thema Unterrichtsversorgung gab es kein großes Entgegenkommen: Weniger Schülerinnen und Schüler bedeuteten auch weniger Lehrkräfte, eine 110-prozentige Versorgung sei zu teuer und nicht notwendig, die existierenden Instrumente „Personalmanagement im Rahmen erweiterter Selbstständigkeit von Schulen“ (PES) und „Feuerwehrlehrkräfte“ ausreichend. Wohl werde man auf Vertretungskonzepten bestehen, die Regeln der Lehrerwochenstundenzuweisung transparenter gestalten und auf die Einhaltung der Stundentafel achten. Selbstverständlich sei ein neues Konzept der Personalzuweisung mitbestimmungspflichtig und werde dem LEB ebenso wie dem Personalrat im Anhörungsverfahren vorgelegt. Beim Punkt Vertretungsreserve bleibt also der Dissens zu den Elternvertretern bestehen, die sie weiter einfordern wollen.

Die Kritik an der Qualität des eigenverantwortlichen Unterrichts, die Lehramtsanwärter von Beginn des Referendariats an leisten müssen, soll bei der geplanten Evaluation der Lehrerbildungsreform berücksichtigt werden. Überhaupt bedeute die Aufhebung der

Agentur für Qualitätssicherung, Evaluation und Selbstständigkeit von Schulen (AQS) keinen Stopp bei der Qualitätsentwicklung. Wichtige Instrumente seien die Vergleichsarbeiten in der 3. und 8. Jahrgangsstufe, die Parallelarbeiten in den 5. und 7. Klassen, internationale Leistungstests, der Ländervergleich des Instituts zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB) und andere Bildungsberichte. „Der Fokus liegt inzwischen auf der internen Evaluation“, betonte Staatssekretär Beckmann. Es sei geplant, die Bedeutung der Fachkonferenzen zu unterstreichen, den Orientierungsrahmen Schulqualität zu überarbeiten und den Aufbau einer Feedback-Kultur zu unterstützen. Im Übrigen enthalte das Gesetz mit dem schwierigen Namen „Gesetz zur Stärkung der inklusiven Kompetenz und der Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften“ (IKFWG) bereits eine Verpflichtung der Schulen zu einem Fortbildungsplan. Das rheinland-pfälzische Abitur hält StS Beckmann für hochwertig. Zentrale Prüfungen führten nicht zu mehr Qualität, daher plane Rheinland-Pfalz auch nicht deren Einführung.

Schulsozialarbeit und mehr Schulpsychologen finden beide Seiten wichtig und sinnvoll. Für deren Ausweitung auf alle Schularten sei man jedoch auf die finanzielle Unterstützung des Bundes angewiesen. Daher versuche die Landesregierung, das Kooperationsverbot mit dem Bund in der Bildungspolitik aufzuheben. Gerade an der Schnittstelle zwischen Kindertagesstätten, die wieder im Verantwortungsbereich des Bildungsministeriums liegen, und Grundschulen sei Schulsozialarbeit wichtig und notwendig.

Die Befürchtung, Stellenreduzierungen im Bereich der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion könnten die Wirksamkeit der Schulaufsicht weiter schmälern statt sie zu stärken, hielt StS Beckmann entgegen, dass man die Schulaufsicht nicht schwächen werde; denn eine zentrale Aufsicht sei nicht möglich. Allerdings propagierte er eine Balance zwischen Selbstverantwortung und Kontrolle. Letzteres wolle man nur aus gegebenem Anlass. Dem steht die Forderung des LEB nach mehr Schulaufsicht entgegen. Die Eltern erwarten, dass die Schulaufsicht proaktiv für die Einhaltung der Vorschriften an den Schulen sorgt und nicht die Beschwerden von Betroffenen abwartet.

Einer Verlegung des Wahlpflichtfachs (WPF) und der 2. Fremdsprache zurück auf die 7. Klassenstufe aus Gründen der Durchlässigkeit erteilte StS Beckmann eine Absage. Pädagogische Konferenzen vor der Wahl des WPF sollten leistungsstarke Schülerinnen und Schüler identifizieren, damit sie entsprechend beraten werden können. Auch damit sind die Elternvertreter nicht zufrieden und wollen diese Forderung ebenso beibehalten wie die nach der besseren Versorgung der kooperativen Realschulen plus mit

Lehrerwochenstunden, wie der stellvertretende Landeselternsprecher Meier deutlich macht..

Ein dickes Dankeschön gebührt der Schulgemeinschaft der Rochus-Realschule plus, die ein perfekter Gastgeber war. Und so hofft der Landeselternbeirat mit Schulleiterin Heidi Becker, dass die Schule bald die gewünschte Ergänzung der Fachoberschule durch eine dritte Fachrichtung erhält.

Mainz, Juni 2016

Marie-Charlotte Opper-Scholz